



## 1. Windthorsts Kinder- und Jugendzeit

Ludwig Windthorst entstammt einer katholischen Juristenfamilie. Er wurde am 17. Januar 1812 auf dem Gut Caldenhof bei Ostercappeln, nordöstlich von Osnabrück, als zweitältestes von sechs Kindern geboren. Sein Vater Franz Joseph Benedikt Windthorst (1774- 1822) war Doktor beider Rechte und Advokat am örtlichen Gaugericht, hauptsächlich jedoch Rentmeister auf dem besagten Gutshof, der in Besitz der münsterschen Adelsfamilie Droste- Vischering war. Seine Mutter Klara Antoinette Josephine, geb. Niewedde (1787- 1859), entstammte ebenfalls einer Juristenfamilie und übernahm nach dem Tod ihres Mannes dessen Rentmeisterstelle, um die Familie zu ernähren. Windthorst wuchs in einer von traditioneller katholischer Frömmigkeit und Kirchenverbundenheit geprägten Familie auf. Nachdem Windthorst anfangs in der örtlichen Mädchenschule unterrichtet wurde, übernahm sein Onkel Ferdinand Windthorst, Pfarrer in Falkenhagen bei Höxter, dessen schulische Erziehung, bis er 1822 in das traditionsreiche Gymnasium Carolinum in Osnabrück eintrat und bei einem Onkel seiner Mutter, dem Dompfarrer Ludwig Kruse lebte. 1830 verließ er das Carolinum mit einem Zeugnis erster Klasse.



Der junge Ludwig Windthorst

Danach trat er der Familientradition folgend sein Jurastudium in Göttingen und Heidelberg an. Trotz unruhiger politischer Zeiten in Deutschland, von denen sich besonders auch die Studentenschaft anstecken ließ, mündete Windthorsts Studentenleben offenbar nicht in ein unmittelbares politisches Engagement. Von den jeweiligen Universitäten wird Windthorst jedenfalls als keiner politischen Organisation zugehörig eingestuft.

In diese Zeit fielen Ereignisse wie die französische Julirevolution 1830 und der Göttinger Aufstand 1831, durch welche die liberale und nationale Bewegung in Deutschland einen neuen Aufschwung erlebte. Einen vorläufigen Höhepunkt erlebte diese Bewegung im Hambacher Fest von 1832, an dem auch Windthorst teilnahm, von dem er sich in späteren Jahren jedoch distanzierte. Im Jahre 1834 legte Windthorst in Göttingen das erste juristische Staatsexamen, nach zweijähriger Assessorenzeit mit Auszeichnung das zweite Anwaltsexamen ab und erlangte dadurch den Doktorgrad.

## 2. Erste berufliche Erfahrungen

Die gesellschaftlichen und vor allem auch konfessionellen Umstände im Königreich Hannover zwangen Windthorst nach seinem Studium in eine Tätigkeit als Rechtsanwalt, denn sein katholischer Glaube verschloss ihm zunächst den Zugang zu höheren Verwaltungs- oder Staatsdiensten. Darüber hinaus entstammte er keiner adligen oder alteingesessenen Militär- oder Beamtenfamilie, welchen die höheren Stellen im Staate praktisch vorbehalten waren. So absolvierte er eine zweijährige Referendarszeit bei den damals angesehenen Osnabrücker Rechtsanwälten Gebrüder August Ludwig und Heinrich August Vezin. 1836 bestand er die Anwaltsprüfung und machte sich als Rechtsanwalt in Osnabrück selbständig. Durch prozessuale Erfolge gelang es ihm schnell, eine ansehnliche und auch einträgliche Stellung zu erreichen.

Im Jahre 1838 heiratete Windthorst Julie Engelen, die Tochter eines Gutsbesitzers in Oedingberge und Schwester seines langjährigen Freundes und Vertrauten Ferdinand Engelen. Mit ihr hatte er vier Kinder, von denen nur das Älteste Windthorst überlebte.

Nebenbei knüpfte und pflegte Windthorst in Osnabrück in kurzer Zeit enge Kontakte zu den führenden katholischen Kreisen der Stadt. Dies ist nicht nur auf Windthorsts familiäre Herkunft, sondern auch auf die Situation der katholischen Minderheit im protestantischen Königreich Hannover zurück zu führen. Unter Führung des Osnabrücker Weihbischofs Karl Anton Lüpke setzten sich die Osnabrücker Katholiken für gesellschaftliche und politische Gleichberechtigung sowie eine Ausweitung des kirchlichen Freiheitsraumes ein. Sie wollten die Situation der Katholiken insgesamt verbessern und ein Ende der Benachteiligungen gegenüber Protestanten, vor allem im Staatsdienst, erreichen. Ein besonderes Anliegen stellte ferner eine Wiedererrichtung des Bistums Osnabrück dar, das im Zuge der Säkularisation seine Dotationsmittel verloren hatte. Die Ablehnung der von der protestantischen Staatsgewalt unternommenen Übergriffe in den kirchlichen Bereich, verbunden mit einer engen Anbindung an den Papst und die Kurie in Rom, verknüpften sich zur Anschauung des Ultramontanismus, die sich auch Windthorst zu eigen machte. Dies verband sich jedoch auch mit einer strikten Loyalität gegenüber der welfischen Dynastie, da man in Osnabrück glaubte, durch loyale Unterstützung der königlichen Regierung in Hannover diesem Ziel näher zu kommen. So unterstützten die Osnabrücker Katholiken beispielsweise nicht die hauptsächlich liberal- konstitutionelle Opposition in den Verfassungswirren von 1837 - 1840, die durch die einseitige Aufhebung des Staatsgrundgesetzes von 1833 durch König Ernst August ausgelöst worden war. Auch aufgrund dieser Haltung wurde Windthorst 1842 vom Osnabrücker Landdrosten Graf von Wedel zum Vorsitzenden des Katholischen Konsistoriums in Osnabrück ernannt. Dies war die Behörde, welche die staatlichen Rechte gegenüber der Kirche im Bistum Osnabrück vertrat. Im Jahre 1843 wählte die Osnabrücker Ritterschaft den Konsistorialrat Windthorst zu ihrem Syndikus. Im Jahr der Deutschen Revolution 1848 wurde er schließlich auf Vorschlag der heimischen Provinziallandschaft zum Richter im Kriminalsenat des höchsten Gerichtshofes des Königreichs in Celle, dem Oberappellationsgericht, berufen.

### **3. Windthorsts Eintritt in die Politik**

Im Jahr der Revolution 1848 begann Windthorsts eigentliche politische Karriere, allerdings mit einem Misserfolg, denn er unterlag bei der Wahl zur Frankfurter Nationalversammlung gleich in drei verschiedenen Wahlkreisen, in denen er nominiert war, wenn auch nur knapp. Im darauffolgenden Jahr wurde er dann jedoch für den Wahlkreis Bad Iburg in die zweite Kammer der hannoverschen Ständeversammlung gewählt.

Dort unterstützte er vor allem die Reformgesetzgebungen des Ministeriums unter dem leitenden Minister Alexander Levin Graf von Bennigsen (1809- 1893) und dem Innenminister Johann Carl Bertram Stüve (1798- 1872). Dazu gehörte im Einzelnen die Aufhebung von Standesvorrechten, die Verbesserung der Gerichtsverfassung, die Trennung von Rechtspflege und Verwaltung, die Einführung von Schwurgerichten sowie der Ausbau der Selbstverwaltung in Städten und Gemeinden. In Bezug auf die damals aktuelle nationale Frage unterstützte Windthorst das Ministerium (die Hannoveraner Regierung), dass sich vor allem um die Sicherung einzelstaatlicher Souveränität bemühte. Er unterstützte ferner die antipreußische Außenpolitik der Hannoveraner Regierung, die sich vor allem in der Anlehnung an Österreich als Garanten der hannoverschen Selbständigkeit äußerte.

Als die Ständeversammlung die Regierung aufforderte, die in Frankfurt verkündeten Grundrechte in der hannoverschen Gesetzessammlung zu veröffentlichen, damit diese auch in Hannover zum Gesetz würden, stimmte Windthorst als einziger Abgeordneter gegen diesen Antrag. Dabei ging es ihm weniger um den Inhalt des aufgestellten Kataloges als vielmehr um das Verfahren, in dem dieser eingebracht wurde. In der Übernahme einer Vorlage der Frankfurter Versammlung sah er eine Verletzung der königlichen Souveränitätsrechte. Windthorst geriet dadurch in den Ruf eines antinationalen Reaktionärs. Sein eigentliches Motiv ist jedoch in seiner ablehnenden Haltung gegenüber einem Kleindeutschen Einheitsstaat unter Führung von Preußen und damit der Zementierung einer dauernden katholischen Minderheit gesehen.

Relativ schnell erlangte Windthorst in der zweiten Kammer großen Einfluss. So wuchs er zunächst in die Rolle des Führers der gemäßigten Liberalen hinein und engagierte sich für die katholische Minderheit, deren Rechte er in der Kirchen- und Schulpolitik zu vertreten versuchte. Dass sein Einfluss in dieser Kammer recht schnell gestiegen war, belegt seine Wahl zu deren Präsidenten im März 1851, nach nur zweijähriger Parlamentszugehörigkeit. Im November desselben Jahres berief König Georg V. ihn schließlich zum Justizminister. Damit erhielt zum ersten Mal ein Katholik ein Ministeramt im Königreich



Hannover. Während seiner Amtszeit in den nächsten zwei Jahren setzte er eine Justizreform durch, in der er die Justiz von der Verwaltung trennte, die Unmittelbarkeit und Öffentlichkeit von Gerichtsprozessen sowie die Einführung von Geschworenen- und Schöffengerichten festlegte. Darüber hinaus gehörte es zur Aufgabe des neuen Ministeriums, eine Verfassungsreform umzusetzen, die versuchen sollte, die in Hannover erstarkende Reaktion aufzufangen. Nach der Einbringung eines Reformvorschlages in die Ständekammer und dem Scheitern dieses Vorhabens, entließ der König schließlich die Regierung im November 1853. Danach stand Windthorst wieder auf Seiten der Opposition in der zweiten Kammer. Politisch wurde er jedoch 1856 vorläufig „kaltgestellt“, als frühere Minister, die erneut in die Kammer gewählt worden waren, nicht die königliche Erlaubnis erhielten, ein Mandat anzunehmen. So wechselte er zunächst nach Osnabrück und nahm seine Anwaltstätigkeit wieder auf. Ein

großer Erfolg in dieser Zeit war die Wiedereinrichtung des Bistums Osnabrück 1857, an der Windthorst ein erheblicher Einfluss zugeschrieben wird.

Im Spätsommer des Jahres 1862 wurde er dann wiederum zum Justizminister berufen. Ein Schwerpunkt seiner zweiten Amtszeit lag auf der Erarbeitung und Verabschiedung einer neuen Kirchenvorstands- und Synodalordnung für die evangelisch-lutherische Kirche Hannovers, die der Kirche eine größere Unabhängigkeit verschaffte und bereits als früher Beleg dafür zu werten ist, dass Windthorst zugunsten allgemeiner Kirchenfreiheit auch überkonfessionell agierte. Nach seiner erneuten Entlassung 1865 nahm Windthorst wieder seine Tätigkeit als Anwalt auf, blieb diesmal jedoch in Hannover. Im selben Jahr wurde Windthorst jedoch aus Hannover „wegbefördert“. Um ihn aus der Hauptstadt zu entfernen, ernannte Georg V. Windthorst zum Kronoberanwalt und damit zum obersten Beamten der Staatsanwaltschaft des Königreiches in Celle, um ihm jeglichen Einfluss auf die Politik der Regierung zu entziehen

Im Juli des folgenden Jahres, nach der Niederlage Österreichs gegen Preußen, wurde das Königreich Hannover von Preußen annektiert, der König ins Exil geschickt, Hannover insgesamt zur Provinz herabgestuft und seine Beamten in den preußischen Staatsdienst überführt. Windthorst wurde jedoch Anfang des Jahres 1867 mit der ihm zustehenden Pension entlassen. In der folgenden Zeit verhandelte er im Auftrag der entthronten Welfendynastie mit der Preußischen Regierung über die Herausgabe des

welfischen Privatvermögens, das im Zuge der Annektierung von Preußen konfisziert worden war. Im September desselben Jahres kam schließlich ein Vertrag zur Regelung dieser Frage zustande, der jedoch von preußischer Seite nicht eingehalten wurde.

Die Niederlage Österreichs und die anschließende Annexion Hannovers waren sehr prägende und bestimmende Faktoren im politischen Denken Windthorsts. Sie stellten für ihn eine persönliche und politische Katastrophe dar: Seiner großdeutschen Gesinnung fehlte plötzlich jede realistische Grundlage, denn der Bevölkerungsanteil der Katholiken im Reichsgebiet wurde prozentual halbiert und die Vormachtstellung des Protestantismus in der Politik wurde verstärkt. Durch die Auflösung des Königreichs Hannover im Norddeutschen Bund unter preußischer Führung verlor Windthorst Souverän und Vaterland zugleich, was eine entscheidende Wende in seinem Leben markierte.

Nachdem er die Tragweite der Ereignisse erkannt hatte und vor allem seine Glaubensgemeinschaft bedroht schien, begannen sich seine politischen Vorstellungen zu wandeln. So trat er vor allem parlamentarisch für Grund- und Verfassungsrechte ein, die er vormals in Hannover bei den Liberalen stets als unangemessenen Eingriff in die Souveränitätsrechte des Königs betrachtet hatte. Nach und nach verteidigte er aktiv die Rechte des Parlaments und er erkannte zunehmend den Stellenwert politisierter Massen, wie in den folgenden Jahren beispielsweise von den Katholiken verkörpert, deren Urteilsfähigkeit er jedoch nie ganz traute.

## 4. Windthorsts Tätigkeit im Norddeutschen Bund

Wenn er auch die Annexion des Königreichs immer als unrechtmäßig bezeichnete, stellte sich Windthorst trotzdem schnell auf den Boden der neu geschaffenen Tatsachen. Anstatt sich den Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes zu entziehen, wie es einige treue Anhänger des Welfenhauses vorschlugen, um nicht durch die Partizipation an der Wahl den Rechtsbruch der Annexion im Nachhinein zu legitimieren, ließ er sich mit der Begründung, dass man nur in der politischen Partizipation Einfluss auf die Entwicklungen nehmen könne, zur Wahl aufstellen.

Für den hannoverschen Wahlkreis III, Meppen- Lingen- Bentheim, wurde er im Februar 1867 in den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes, im November für den Kreis Meppen in das preußische Abgeordnetenhaus gewählt. Der Schwerpunkt seiner politischen Aktivität lag nun in Berlin, seinen Wohnsitz behielt er jedoch in Hannover.

Im Norddeutschen Reichstag gehörte er einer Gruppe von 17 Parlamentariern an, die sich als „Bundesstaatlich- konstitutioneller Verein“ zusammenschloss und der fast ausschließlich Nicht- oder Neupreußen angehörten. Als Beratungen über eine neue Verfassung begannen, setzte sich diese Gruppe für eine stärkere föderalistische Gewaltenteilung ein. Sie forderten neben Presse- und Versammlungsfreiheit auch das Vereinsrecht, mehr Rechte für das Parlament und erstrebten eine baldige Vereinigung der Süddeutschen Staaten mit dem neuen Bund. Windthorst setzte sich dabei auch für die Schaffung eines Oberhauses nach englischem Vorbild sowie die Einrichtung eines Bundesgerichtshofes ein und kämpfte vergeblich für die Einführung von Diäten für die Abgeordneten. Er stimmte im April 1867 gegen die Annahme der Bundesverfassung, die er für zu zentralistisch hielt und in denen er Garantien für die Unabhängigkeit beider christlicher Konfessionen nach dem Vorbild der preußischen Verfassung von 1850 vermisste.

Seine Rolle im Preußischen Abgeordnetenhaus brachte ihm großen Respekt ein. Er blieb hier zunächst fraktionslos und bildete die sogenannte „Ein- Mann- Fraktion Meppen“. Ab dem folgenden Jahr gehörte er auch dem Zollparlament an und hospitierte dort in der „Süddeutschen Fraktion“, in der er die

Bekanntheit einer Reihe katholischer Parlamentarier aus den süddeutschen Staaten machte und von denen die bayrischen Abgeordneten ihn sogar für geeignet hielten, das Amt des Ministerpräsidenten in Bayern zu übernehmen.

Eine große Herausforderung stellte für Windthorst, wie für eine große Mehrheit der führenden Katholiken in Deutschland, die Erklärung der päpstlichen Unfehlbarkeit im Jahre 1869 dar. Man hielt dies weder für notwendig noch für opportun. Nachdem diese Frage jedoch auf dem I. Vatikanischen Konzil geklärt und als Dogma proklamiert wurde, war diese Angelegenheit für Windthorst entschieden. Obwohl er dieses im Vorfeld oft und heftig kritisiert und ursprünglich mit der Aufgabe seiner politischen Tätigkeit gedroht hatte, arrangierte er sich, trotz innerer Widerstände schnell mit den neu geschaffenen Tatsachen und hielt an den Lehren der Kirche fest.

Als Reaktion auf eine zunehmend feindliche Atmosphäre gegenüber der Kirche und der katholischen Minderheit im Deutschen Reich, zu der auch die preußische Regierung nach dem Sieg über Frankreich und der Proklamation des Deutschen Reiches beitrug, schlossen sich einige katholische Abgeordnete im Preußischen Landtag und im Reichstag zusammen. Als es im Dezember 1870 zur Gründung der Zentrumsparterie kam, war Windthorst zwar in einige Gründungstreffen involviert, gehörte jedoch nicht zu den eigentlichen Gründungsvätern des Zentrums. Ein Grund dafür lag in seinem Zögern, sich einer rein konfessionellen Partei anzuschließen, eine weitere Begründung in seiner andauernden Loyalität gegenüber der Welfendynastie. Er wollte, wie es heißt, die neue Partei nicht mit seiner „welfischen Hypothek“ belasten, trat dem Zentrum jedoch kurz nach dem offiziellen Zusammenschluss bei. Von Beginn an setzte er sich innerhalb des Zentrums für eine überkonfessionelle Programmatik ein. So kam es auch, dass das Zentrum immer auch ein paar evangelische Mitglieder und Hospitanten umfasste und sich bemühte, politische Minderheiten zu integrieren. Erster Vorsitzender der Zentrumsparterie, die anfangs auch den Zusatz „Verfassungspartei“ in ihrem Namen führte, wurde Karl Friedrich von Savigny; eine starke Rolle spielten in den ersten Jahren aber auch Hermann von Mallinckrodt und besonders nach dessen Tod 1874 Ludwig Windthorst, der Zeit seiner politischen Tätigkeit im Kaiserreich dem Vorstand der Fraktion angehörte und überall als dessen eigentlicher Führer angesehen wurde. Darüber hinaus galt er auch als Führer des katholischen Deutschlands insgesamt. Diese Rolle Windthorsts wurde vor allem am Anfang des aufziehenden Kulturkampfes deutlich.

## 5. Das Zentrum und Windthorsts Rolle im Kulturkampf

Im Kulturkampf ging es vor allem um die Unterwerfung der Katholischen Kirche unter die Aufsicht des von Preußen geführten Staates sowie die Zerschlagung des Politischen Katholizismus. So wurde der preußische Verfassungsartikel, der die kirchliche Freiheit unterstützte, aufgehoben. Die Zivilehe wurde als einzig rechtlich gültige Ehe obligatorisch, der Austritt aus der Kirche wurde erleichtert und die staatliche Aufsicht über die Schulen verstärkt. In Preußen wurden fast alle Orden aufgelöst und ultramontane Tendenzen bekämpft. Der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident Fürst Otto von Bismarck (1815- 1898) setzte dabei mit Unterstützung der liberalen Parteien eine Reihe von politischen Maßnahmen durch, die allesamt die Absicht hatten, die Katholische Kirche insgesamt in ihren Strukturen zu schwächen und der staatlichen Autorität gefügig zu machen.

In diesem Zusammenhang hatte auch die Zentrumsparterie zu leiden. Bismarck versuchte diese als Vertretung des Politischen Katholizismus im Parlament als national unzuverlässig und „reichsfeindlich“ zu diskreditieren. Die Bekämpfung der Kirche durch den Staat hatte zugleich den Effekt, dass die liberalen Kräfte programmatisch den Kurs des Kanzlers voll unterstützten und so auch von ihrer Forderung nach einer stärkeren Parlamentarisierung und der Garantie von Freiheitsrechten abgelenkt wurden.

Was jedoch das Zentrum betraf, entwickelten Bismarcks Maßnahmen einen gegenteiligen Effekt. Statt die Zentrumsfraktion und deren Anhängerschaft zu spalten, wurden diese durch die zunehmend repressiveren Maßnahmen eher noch fester zusammengeschweißt.

Für Windthorst selbst stand sein politisches Wirken in der Reichshauptstadt zunächst ganz im Zeichen seiner parlamentarischen Auseinandersetzungen mit Bismarck und dessen autokratischer Machtausübung. Bereits in dieser Zeit entwickelte sich Windthorst zu einem geschickten parlamentarischen Taktiker und einer recht populären Führungsfigur der Katholiken weit über den Wirkungshorizont des Zentrums hinaus. Er verstand es, die antiliberalen Kampfmaßnahmen, die sich hauptsächlich in den zahlreichen Ausnahmegesetzen der Regierung niederschlugen, vom Boden der Grundrechtsartikel der preußischen Verfassung aus zu attackieren, die nicht zuletzt deswegen bereits 1873 aufgehoben wurden. Im selben Jahr fanden die Kulturkampfmaßnahmen in den sogenannten Maigesetzen ihren vorläufigen Höhepunkt. Darin wurde unter anderem die Verbannung von Ordensleuten verfügt, im sogenannten Kanzelparagraph die Verfolgung von Geistlichen und Journalisten aufgrund unbotmäßiger Predigt oder unbotmäßiger Berichterstattung ermöglicht; die kirchliche Obrigkeit wurde aufgefordert, die Anstellung neuer Pfarrer vorher von den Behörden genehmigen zu lassen. Ferner wurden staatliche Vermögenssperren in den Diözesen ermöglicht sowie das Messelesen und die Sakramentenspendung einzelner Priester unter Strafe gestellt. Diese Politik des Staates prangerte Windthorst unermüdlich an.



Ludwig Windthorst im Reichstag

Da die katholische Presse überwiegend unter Zensur stand, nutzte er vor allem die Bühnen der Berliner Parlamente, um auf sein Anliegen aufmerksam zu machen. Dabei verdeutlichte er die Zusammenhänge von Bismarcks unrechtmäßiger Politik und machte auch auf die Widersprüche in der Politik der liberalen Parteien aufmerksam, die diese antiliberalen Eingriffe in den Rechtsstaat weitgehend mittrugen.

Windthorst, der eine Zugehörigkeit zu einer politischen Minderheit bereits aus dem Königreich Hannover kannte, setzte sich darüber hinaus auch für andere benachteiligte Minderheiten ein, wie etwa die ins Deutsche Reich annektierten Polen, Elsässer und Welfen und als religiöse Minderheit die Juden. Dabei wurde er nicht immer von der Mehrheit seiner Fraktion unterstützt, verhinderte aber durch seinen Einsatz, das Aufkommen des Antisemitismus im Politischen Katholizismus, wie er ansonsten eine Erscheinung in nahezu allen politischen Strömungen der Zeit war.

Darüber hinaus stimmte er gegen das Sozialistengesetz und später immer wieder gegen dessen Verlängerung und warb auch, allerdings mit abnehmenden Erfolg, innerhalb der Zentrumsfraktion für diese Position. Gemeinsam mit anderen Zentrumsabgeordneten unterschrieb er zahlreiche Anträge sozialdemokratischer Kollegen, um diese überhaupt erst auf die Tagesordnung des Reichstages zu bringen. Inhaltlich stimmte er mit diesen zwar nicht überein, wollte diese jedoch lieber im Plenum debattieren, als sie an Verfahrensfragen scheitern zu lassen.

Durch sein Wirken in den Berliner Parlamenten wurde Windthorst schnell zu einem populären Volksheld im katholischen Deutschland, wie unter anderem zahlreiche Zeitungsartikel und Karikaturen aus dieser Zeit belegen. Durch seine strikte Opposition gegen jede Art von Ausnahmegesetzen wurde er schnell als „Verfechter der Menschenrechte“ und als Kämpfer für die Rechte des Parlamentes bekannt. Seine Sorge galt dabei stets der Balance zwischen passivem Widerstand der katholischen Bevölkerung und einer von Bismarck gern nachgesagten Reichsfeindschaft durch die Katholiken. Trotzdem bedeutet beispielsweise

seine Forderung nach Abschaffung des Dreiklassen- Wahlrechts keinen unbedingten Einsatz für die Souveränität des Volkes, obwohl er bei zahlreichen Gelegenheiten miterleben musste, wie leicht eine autoritäre Regierung, gestützt auf eine parlamentarische Mehrheit, die Grund- und Freiheitsrechte verletzen konnte.

Innerhalb der Zentrumsfraktionen war Windthorsts Stellung aufgrund seiner parlamentarischen Routine und Taktik so gefestigt, das er heute noch in den Geschichtsbüchern als der eigentliche Führer des Zentrums vermerkt ist. Nach Beschreibungen seiner Zeitgenossen vermochte er es, auch nach tumultartigen Auseinandersetzungen im Parlament, sich Respekt und Gehör zu verschaffen.

Dies erstaunt angesichts seiner körperlichen Erscheinung, denn er war gerade mal 1, 50 Meter groß und Zeit seines Lebens fast blind. Darüber hinaus wird er in zahlreichen Schilderungen als „hässlich“ beschrieben, ein Umstand, den er selber stets mit Humor nahm, der im Staat des preußischen Gardemasses jedoch einen erheblichen Nachteil bedeuten konnte. Er ging nach weiteren Schilderungen immer sehr gelassen in die Sitzungen und fand auch zu sehr polemischen und persönlichen Attacken auf seine Person, die teilweise auch von Bismarck persönlich ausgingen, den angemessenen Ton. Zeitweilig wurde auch seine Post auf Anweisung des preußischen Innenministeriums überwacht und ausspioniert, dem er durch eine Reihe von Vorsichtsmaßnahmen zu entgehen suchte. So benutzte er Tarnbezeichnungen in seiner Korrespondenz, schickte Briefe zerstückelt ab oder wies seine Korrespondenzpartner an, die Briefe nach Kenntnisnahme zu vernichten. Hierin ist auch ein Grund für die insgesamt problematische Quellenlage der Windthorstforschung zu sehen.

Bei den Reichstagswahlen 1878 hatten die Nationalliberalen ihre Vormachtstellung eingebüßt und eine rechnerische Mehrheit aus Zentrum und Konservativen war möglich geworden. So kam es zu einer kurzfristigen sachpolitischen Zusammenarbeit zwischen Bismarck und dem Zentrum, als Bismarck wirtschaftspolitisch mit der Einführung von Zöllen zum „Schutz der nationalen Arbeit“ eine Kehrtwende im Gegensatz zur vorher praktizierten Freihandelspolitik vornahm. Ebenso kam es nun flankierend zur Einführung einer Alters-, Unfall- und Krankenversicherung. Im Jahr darauf wurde auch eine Finanzreform des Reiches beschlossen, welche dem Reichstag die Mitsprache bei der Verteilung des Steueraufkommens sicherte. Der Eindruck der Reichsfeindschaft konnte durch diese sachbezogene Zusammenarbeit leicht abgeschwächt, jedoch nicht vollends widerlegt werden. Innerhalb der eigenen Reihen hatten diese Maßnahmen jedoch den Effekt, die vornehmlich agrarisch und adligen Interessen zu bedienen, die einem strikten Konfliktkurs eher ablehnend gegenüberstanden.

Ab dem Jahr 1879 besuchte Windthorst auch regelmäßig die alljährlichen Katholikentage, die aufgrund einer fehlenden außerparlamentarischen Parteistruktur des Zentrums als deren heimliche Parteitage bezeichnet wurden. Windthorst hatte sich davon bis zu diesem Zeitpunkt immer fern gehalten, um das Bild eines von den Weisungen der katholischen Kirche Abhängigen nicht unnötig zu verstärken. Seither aber zählten gerade seine Reden zu den Höhepunkten des Katholikentages, auf denen er stets begeistert aufgenommen wurde und die ihm als Forum dienten, eine direkte Verbindung zum Kirchenvolk als Wählerbasis aufrecht zu erhalten.

Auch innerhalb der katholischen Kirche kam es in dieser Zeit zu großen Umbrüchen. Nachdem Papst Pius IX. 1878 gestorben war, wurde schnell die Absicht seines Nachfolgers Papst Leo XIII. deutlich, den Kulturkampf in Deutschland in direkten Verhandlungen mit der Deutschen Reichsregierung zu beenden. Diese Strategie kam Bismarck sehr entgegen, der seit 1880 anfang, einige Maßnahmen des Kulturkampfes abzuschwächen oder auszusetzen und der so innenpolitischen Auseinandersetzungen entgehen konnte. So wurden Windthorst und das Zentrum zunächst ausgeklammert, obwohl es vor allem deren Verdienst war, dass Bismarck nach den Wahlen von 1878 einlenken musste. Der Papst in Rom stand seinerseits unter starkem politischen Druck, da seine weltliche Herrschaft durch die Besetzung des römischen

Kirchenstaates durch italienische Truppen praktisch vor dem Ende stand und er kaum noch politische Einflussmöglichkeiten besaß. In dieser Situation befürchtete Windthorst, dass die Kurie, die ihrerseits auf politische Unterstützung in ihrer schwierigen Lage durch Bismarck hoffte, zu schnell den Forderungen der Regierung in Berlin nachgeben und so die volle Wiederherstellung der Kirchenautonomie im Deutschen Reich gefährden könnte. Unabhängig von den laufenden Verhandlungen, wiederholte Windthorst in jährlichem Turnus seine Anträge auf Straffreiheit des Messelesens und der Sakramentenspendung sowie die Aufhebung des Sperrgeldgesetzes, um die Ausnahme Gesetze insgesamt zu torpedieren. Er konnte sich mit diesen Forderungen allerdings nicht durchsetzen, was unter anderem auf den Bischof von Fulda, Georg Kopp, zurückzuführen ist, der ganz auf der Linie Bismarcks, Mitte der 1880er Jahre als Hauptverhandlungsführer zum Abbau des Kulturkampfes zwischen Berlin und Rom fungierte. Er wurde 1885 von Bismarck ins Preußische Herrenhaus berufen und auf dessen Empfehlung vom Papst 1887 auf den Posten des einflussreichen Fürstbischof von Breslau versetzt. Windthorst stand zwar ebenfalls in ständigem Kontakt mit der Kurie in Rom, fand für seine Linie jedoch keine Unterstützung und wurde zeitweise auch als politischer Störenfried empfunden.

Im Jahr 1885 verlieh der Papst ausgerechnet dem Kirchenverfolger Bismarck den höchsten von ihm zu verleihenden Orden, was nicht nur bei Windthorst, sondern auch im ganzen katholischen Deutschland mit Unverständnis und Entsetzen aufgenommen wurde. Darüber hinaus versuchte der Papst immer wieder Einfluss auf Mitglieder der Zentrumsfraktion zu nehmen, indem er diese drängte, Vorlagen der Regierung, wie beispielsweise die Verlängerung des Sozialistengesetzes, anzunehmen, um die Regierung wiederum für vatikanische Interessen zu gewinnen. 1887 musste das Zentrum schließlich einige zwischen der Kurie und der Regierung ausgehandelte Kompromisse akzeptieren, etwa das staatliche Einspruchsrecht bei der Besetzung geistlicher Stellen, die für Windthorst immer noch erhebliche Eingriffe in Freiheitsrechte bedeuteten. Allerdings sollte es sich später erweisen, dass der erreichte Friedensschluss in späterer Zeit durchaus tragfähig gewesen ist und nicht Windthorsts schlimmste Befürchtungen „gegen den Papst zu kämpfen“ bewahrheitet hat.

Einen Höhepunkt erreichten die Spannungen zwischen Zentrum und Kurie im Jahre 1887, als es im „Septennatsstreit“ um Bismarcks Forderung ging, den Heeresetat auf sieben Jahre festzulegen. Der Papst drängte die Zentrumsabgeordneten dazu, der Vorlage noch vor der bevorstehenden Reichstagsneuwahl zuzustimmen. Das Zentrum, welchem aufgrund seiner Fraktionsstärke eine Schlüsselstellung zur Annahme im Parlament zukam, nahm jedoch aus verfassungs- und finanzpolitischen Gründen eine ablehnende Haltung zum Septennat an, da dieses das Budgetrecht des Reichstages einschränkte und die Bevölkerung finanziell stärker belastet hätte. Windthorst gelang es, dieses Spannungsfeld, in dem sich vor allem das Zentrum befand, in einer berühmt gewordenen Rede in Köln vom 6. Februar 1887 aufzulösen. Er wies auf die von der Kirche unabhängige Stellung des Zentrums hin und machte darauf aufmerksam, dass klar zwischen politischer Sachgerechtigkeit und kirchlichen Belangen unterschieden werden müsse.

Als im Jahre 1889 Bismarck eine staatliche Invaliditäts- und Altersversicherung durchsetzte, stimmte Windthorst nicht zu, da er befürchtete, dass durch einen staatlichen Zuschuss zur Sozialgesetzgebung Eingriffsmöglichkeiten im Sinne staatssozialistischen Handelns geboten würden. So stand Windthorst den meisten sozialpolitischen Forderungen eher reserviert gegenüber, zeigte mitunter aber auch ein recht umfassendes Verständnis dieser Thematik. Er unterstützte verschiedene sozialpolitische Initiativen, wie etwa die Gründung des „Volksvereins für das katholische Deutschland“, wobei er es zu verhindern wusste, diesen Verein als Gegeninitiative zum radikal antikatholischen „Evangelischen Bund“ zu gründen, wie es integrale Kreise anstrebten. Die Zielsetzung des neuen Vereins lag in religiösem, politischem und sozialen Engagement und war eher gegen den atheistischen Marxismus gerichtet.

Nach einer erneuten Reichstagswahl im Februar 1890 kam es zu einer Unterredung zwischen Windthorst und dem durch Diskrepanzen mit dem neuen und jungen Kaiser Wilhelm II. in seiner Stellung bereits gefährdeten Kanzler Bismarck, um Möglichkeiten der politischen Zusammenarbeit auszuloten. Bismarck war bereit, weitere Maßnahmen des Kulturkampfes aufzugeben, um eine neue parlamentarische Mehrheit unter Einschluss des Zentrums zu bilden. Dieses Treffen blieb jedoch nicht lange geheim und erregte den Zorn des Kaisers. Es trug mit dazu bei, dass dieser Bismarck wenige Tage darauf das Vertrauen entzog und Leo von Caprivi zum Reichskanzler berief. In der Hoffnung, von diesem mehr Entgegenkommen für die Anliegen des Zentrums zu erhalten, verhalf Windthorst dessen erster Militärvorlage im Reichstag zu einer Mehrheit. In seiner letzten Rede im Reichstag am 7. März 1891 setzte sich Windthorst für eine Verstärkung der Marine ein. Im Preußischen Abgeordnetenhaus brachte er noch einen Gesetzentwurf des Kultusministers Goßler zu Fall, der ein Staatsschulmonopol vorsah. Goßler trat daraufhin am 10. März zurück.

Am gleichen Tag erkrankte Windthorst an einer Lungenentzündung, der er am 14. März 1891 in Berlin erlag. Die Beisetzungsfeierlichkeiten offenbarten noch einmal Windthorsts außergewöhnliche Stellung im Deutschen Reich. Der Kaiser sowie nahezu alle Fürsten schickten ihre persönlichen Gesandten, fast das gesamte Staatsministerium sowie die wichtigsten Vertreter aller Parteien aus den Berliner Parlamenten und die kompletten Zentrumsfraktionen waren anwesend, aus Rom sandte Papst Leo XIII. sein Beileid, Fürstbischof Kopp las persönlich die Trauermesse und beim anschließenden Trauerzug gestattete es der Kaiser sogar, die Kaiserdurchfahrt in der Mitte des Brandenburger Tores zu benutzen. Windthorsts Leichnam wurde schließlich nach Hannover überführt, wo er in der Marienkirche, für deren Bau und Fertigstellung er jahrelang gesammelt und zu deren Gunsten er stets auf persönliche Geschenke und Zuwendungen verzichtet hatte, beigesetzt.

Windthorst wurde vor allem in der katholischen Bevölkerung noch lange über seinen Tod hinaus verehrt. In den sogenannten „Windthorstbunden“ wurde sein Vermächtnis noch bis zur Auflösung 1933 durch die Nationalsozialisten weitergetragen. Dieser 1895 von Essen ausgehende Zusammenschluß lokaler Gruppen der „jungen Männerwelt“ des Zentrums formierte sich 1899 in Köln zum Verband der Windthorstbunde Deutschlands und galt als Jugendorganisation der Zentrumsparterie.

## Literaturempfehlungen

- Anderson, Margaret Lavinia:** Windthorst, Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks, aus dem Amerikanischen von Christa Dericum und Hildegard Möller, Düsseldorf, 1988.
- Aschoff, Hans- Georg:** Die politische Tätigkeit Windthorsts im Königreich Hannover, in: Holthausener Manuskripte, hrsg. vom Ludwig- Windthorst- Haus, Band 1/77, Lingen- Holthausen 1977, S.39- 80.
- Aschoff, Hans- Georg:** Rechtsstaatlichkeit und Emanzipation. Das politische Wirken Ludwig Windthorsts, hrsg. von der Emsländischen Landschaft für die Landkreise Emsland und Grafschaft Bentheim e. V., Band 5, Sögel 1988.
- Aschoff, Hans- Georg:** Politische Alternative im Bismarckreich: Das Staats- und Verfassungsverständnis der Deutschen Zentrumspartei und die Rolle Ludwig Windthorsts, in: Becker, Winfried/ Morsey, Rudolf (Hrsg.): Christliche Demokratie in Europa- Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert, Köln/ Wien 1988, S. 59- 68.
- Aschoff, Hans- Georg:** Ludwig Windthorst: Ein christlicher Politiker in einer Zeit des Umbruchs, herausgegeben von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung , Hannover 1991.
- Aschoff, Hans- Georg (Hrsg. und erläutert):** Ludwig Windthorst 1812-1891, Beiträge zur Katholizismusforschung: Reihe A, Quellentexte zur Geschichte des Katholizismus, Band 9, Paderborn; München; Wien; Zürich: Schöningh Verlag 1991.
- Aschoff, Hans- Georg/ Heinrich, Heinz- Jörg (Bearb.):** Ludwig Windthorst, Briefe 1834-1880, Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Band 45, Paderborn, München, Wien, Zürich: Schöningh Verlag 1994.
- Aschoff, Hans- Georg/ Heinrich, Heinz- Jörg (Bearb.):** Ludwig Windthorst, Briefe 1881- 1891: um einen Nachtrag mit Briefen von 1834 bis 1880 ergänzt, Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Band 47, Paderborn, München, Wien, Zürich: Schöningh Verlag 2002.
- Bachem, Karl:** Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei - Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschlands 1815- 1914, 9 Bände, Köln 1927- 1932.
- Becker, Winfried/ Morsey, Rudolf (Hrsg.):** Christliche Demokratie in Europa - Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert, Köln/ Wien 1988.
- Cary, Noel D.:** The Path to Christian Democracy- German Catholics and the Party System from Windthorst to Adenauer, Cambridge (Massachusetts)/ London 1996.
- Deuerlein, Ernst:** Ludwig Windthorst, in: Stimmen der Zeit 169 (1961/1962), S. 277- 297.
- Ferber, Walter:** Ludwig Windthorst. Der große deutsche Katholikenführer, Augsburg 1962.

- Goldberg, Hans-Peter:** Bismarck und seine Gegner- Die politische Rhetorik im kaiserlichen Reichstag, Düsseldorf 1998.
- Hüsgen, Dr. Eduard:** Ludwig Windthorst, Köln 1907.
- Knopp, J. N.:** Ludwig Windthorst. Ein Lebensbild, Dresden/ Leipzig 1898.
- Lill, Rudolf:** Ludwig Windthorst und die Anfänge des politischen Katholizismus in Deutschland, S. 4-38, in: Holthausener Manuskripte, hrsg. vom Ludwig- Windthorst- Haus, Band 1/77, Lingen- Holthausen 1977.
- Menzenbach, Johann:** Ludwig Windthorst in seinem Leben und Wirken, insbesondere in seiner politischen Thätigkeit, Trier 1892.
- Morsey, Rudolf:** Wegbereiter der Christlichen Demokratie Ludwig Windthorst (1812- 1891), Mönchengladbach/ Köln, 1991.
- Morsey, Rudolf:** Von Windthorst bis Adenauer: Ausgewählte Aufsätze zu Politik, Verwaltung und politischem Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, herausgegeben von Hehl, Ulrich von Hockerts, Hans Günter Möller, Horst Schumacher, Martin, Paderborn; München; Wien; Zürich 1997.
- Reumont, Anton:** Ludwig Windthorst (Eine Sammlung von Zeit- und Lebensbildern H.3), Mönchengladbach 1913.
- Schröter, Hermann (Hrsg.):** Briefe Ludwig Windthorsts an seinen Schwager Ferdinand Engelen 1834- 1868, Hannover 1954.
- Sellert, Wolfgang:** Ludwig Windthorst als Jurist, Göttingen 1991.
- Spael, Wilhelm:** Ludwig Windthorst - Bismarcks Kleiner Grosser Gegner - Ein Lebensbild, Sonderdruck des Ludwig-Windthorst-Hauses, Osnabrück 1962.
- Windthorst, Ludwig:** 1812- 1891; Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks; Begleitbuch zur Gedenkausstellung aus Anlaß des 100. Todestages hrsg. vom Landkreis Emsland und der Ludwig-Windthorst- Stiftung, 2. Aufl., Meppen Werlte 1991.
- Windthorst, Ludwig:** Ausgewählte Reden des Staatsministers a. D. und Parlamentariers Dr. Ludwig Windthorst, gehalten in der Zeit von 1851- 1891, 3 Bände, Osnabrück 1901/ 1902.



